



Der Reichstag

erlebte am Sonnabend ein Pensum von geradezu ungeheurem Umfang. Frachtturkundenstempel, Fahrkartensteuer, Automobil-, Tantiemen- und Erbschaftsteuer, Mantelgesetz und die Vollen vorlage noch dazu wurden in dritter Lesung angenommen. Besänftlich nach den Beschlüssen zweiter Lesung. Allen Gründen der Widerheit setzte die Mehrheit das plumpe Gewicht ihrer Stimmen entgegen. Sie stimmte für die Fahrkartensteuer, obwohl Graf Kautz in eigener Person den Willsinn dieser Steuer nachwies — was ihn natürlich nicht hinderte, dafür zu stimmen. Der Nationalliberale Westermann stellte das Wiederkehren der Tabaksteuer, der Reichsparteiler Garm das der Präfektur in angenehme Aussicht. Den Standpunkt unserer Fraktion wahrte beim Frachtturkundenstempel Genosse Lipinski, bei der Fahrkartensteuer die Genossen Lipinski, Herbert und v. Hollmar, der dem geschiedigsten Finanzminister v. Rheinbaben gründlich heimleuchtete, bei der Erbschaftsteuer Genosse Bernheim. Wie beim Zolltarif, so erschien auch diesmal Spahn, der Jullandermann, als Wortführer der Mehrheit.

Am Montag stehen die erste und event. zweite Lesung des schwebischen Handelsvertrags und die Militärpensionsgesetze auf der Tagesordnung.

Die Vertenerung des Postverkehrs.

Die Steuerkommission des Reichstages hat neben den anderen Volksbelastungen eine Erhöhung des Postportos auf ihrem Bewusstsein. Die jetzigen Sätze für den Orts- und Nachbarsverkehr sollen den Postoffizieren, die für den Umfang des ganzen deutschen Reiches gelten, gleichgestellt, d. h. um die Hälfte bis zum dreifachen Betrage erhöht werden, nämlich für Drucksachen um 50 bis 100 Prozent, für Postkarten um 150 Prozent, für die übrigen Sendungen um 100 Prozent. Wir geben nach der „Deutschen Tageszeitung“, deren Gewährsmann ein höherer Postbeamter ist, folgenden Vergleich der jetzigen mit der jetzt von der konservativ-katholisch-nationalliberalen Mehrheit beschlossenen Sätzen. Es sind Gebühren zu entrichten:

Table with 3 columns: Description of postal services, current rate, and proposed rate. Includes categories like 'für Postkarten, frankiert', 'für Drucksachen', 'für Geschäftsbriefe', etc.

Die geschlossenen Briefe im Orts- und Nachbarsverkehr sollen auch künftig im Gewichte des billigen Portos bleiben, d. h. man soll auch weiterhin einen Brief bis zum Gewicht von 250 Gramm für fünf Pfennige versenden können. Im allgemeinen Betrage innerhalb des Reiches beträgt bekanntlich die Lage für frankierte Briefe bis 20 Gramm einschließlich 10 Pfennige, für schwerere Briefe bis 250 Gramm 20 Pfg. Unfrankierte Briefe kosten 10 Pfennige mehr.

Das agrarische Blatt wendet sich gegen die inaktiven Kommissionsvorschlüsse, begehrt aber die Inkonsequenz, sich mit einer Erhöhung der Postkartengebühr von 3 Pfennige im Rabberkehr einverstanden zu erklären, was allerdings die äußerste Konzession sei, die es machen könnte. Zutreffend sagt das Blatt dann, oder vielmehr sein Gewährsmann, der höhere Postbeamte:

„Und richtiger wäre es freilich, den Postverkehr ganz und gar zu verkennen mit jeder Erhöhung der Gebühren. Bisher bestand die Tendenz, die Gebührensätze immer mehr zu vermindern, um den Verkehr zu erleichtern, das geistige Leben zu fördern und die materielle Wohlfahrt der Nation zu heben. Dabei ist Volk und Verwaltung gut gefahren. Handel und Wandel haben, nicht zum wenigsten dank unserer postlichen Zustände, einen ungeheuren Aufschwung genommen. Die Post erfreut sich einer glänzenden wirtschaftlichen Entwicklung. Sie liefert mehr als 50 Millionen Mark bar jährlich als Ueberfluß an die Reichskasse ab und leistet außerdem noch Arbeiten unermesslichen Wertes für das Reich, die auf 20 Millionen Mark im Jahre zu veranschlagen sind. Für Anlagekapital verzinst sich mit mehr als sieben Prozent. Woher soll der Verzinsung der Post kommen, Rückstellungen im Postverkehr in Voranschlag zu bringen, wenn der Reichstag befreit, daß Einrichtungen, die sich bewährt haben, nach kurzem Vergehen wieder beseitigt werden sollen?“

Die Kreise der Bevölkerung, die noch nichts von einer Reichseinkommensteuer wissen wollen, kann gerade die jetzt von der Reichstagsmehrheit beschlossene Portoverhöhung im Rabberkehr die Erkenntnis einpflanzen, daß ihr Standpunkt sehr lächerlich ist. Nicht jeder Geschäftsmann wird in der Lage sein, das Porto auf die Rundschiff abwälzen zu können; er hat es dann aus seiner Tasche zu tragen.

Gerichte Verteilung der Staatslasten ist nur im Wege der progressiven Besteuerung des Einkommens und Vermögens zu schaffen. Hoffentlich hat die sogenannte „Reichsfinanzreform“ wenigstens das eine Gute, daß durch sie die Agitation für die Reichseinkommensteuer eine geistige Förderung erfährt.

Die Negersklaven aber schreien: „Wir wollen keine Preußen sein!“

Kommen es der englischen Gynopolizei — nicht den deutschen Kolonialstrategen — gelungen ist, das gefährliche Geschäft von Ostindien, das Handelsverhältnis zwischen Ostindien und dem Festland zu beenden, ist es den deutschen Kolonialstrategen, als es nun alles wichtiger sei und nun friedliche Zeiten für Ostindien herbeizuführen würden. Dieser Optimismus aber wird gründlich gestört durch einen Brief, den die „Zukunft“ von einem Deutschen in Südwestafrika erhalten hat. Der Verfasser dieses Briefes redet mit Bestimmtheit darauf, daß die Sache dem

nächst wieder ganz von vorne und viel gründlicher beginnen werde, als je zuvor. Die Dvambos, die fünf, vielleicht sechsmal mehr kriegerische Mannschaften aufzubringen imstande sind, als die Hereros und die Kollentotten, sind, vorzüglich bewaffnet, knapp vor dem Ausbruch. Der Reichsregier nimmt an, daß fünfzigtausend Mann notwendig seien, wenn die zu Hause verurteilte Unsicherheit im Süden der Kolonie auch nur in zwölf Monaten (1) gebessert und die Dvambos vielleicht noch zurückgedrängt werden sollen. Es wird also — wenn der Gewährsmann der „Zukunft“ Recht haben sollte — noch viele Hunderte von Millionen, vielleicht Milliarden, und tausende von Menschenleben kosten, wenn die wertlose Kolonie dem deutschen Mutterlande „erhalten“ werden soll.

Darin liegt nun die Ursache der auffälligen Erscheinung, daß gerade in den deutschen Kolonien die Negeraufstände sehr Ende nehmen wollen und die gefährlichsten Formen annehmen? Auch über diese überaus heikle Frage verbreitet der Reichsregier einiges Licht. Er nennt den Süden, wo er selbst wohnt, ein „Schandnest von heuchlerischen, burschen und kritischen Schichten, die aus diesem Vorpostel zu dem großen, Verächtlichmachung aller Weissen“ betrieblen Wälzrad, ein schmutziges Geschäft machen.“

Um einer anderen Stelle seines Briefes schreibt er: „Zum Schluß möchte ich fragen, ob etwa unsere Militärärzte empfohlen haben, so ungeheure Spirituosenmengen. Schnaps, Likör, Bier, Wein, Champagner, für die Soldaten herbeizuschaffen. Der Tropenkenner kann nur den Kopf schütteln, wenn er die Alkohol-Transporte Tag für Tag vorüberziehen sieht. Von allen Seiten wird meine eigene Beobachtung bestätigt, daß in Südwestafrika nach wie vor unheimlich viel getrunken wird. ... Der Himmel ... befrete uns bald von diesem Uebel, das Herr von Vindequist längst als Uebel erkannt, und das uns schon zu oft den Spott der Briten eingetragen hat.“

Der Alkohol-Mißbrauch ist bekanntlich die Hauptursache des Tropenollers. Alle heuschreckensähnlichen Schinder, die Peters, Reiff, Wehlan, Kannenberg, Schröder, Arenberg usw., sind Trunkenbolde gewesen. Daß die Negier von einer so alkoholkrudigen und im Reichsbesitzlichen Gesellschaft keine Achtung gehabt, seine Sympathie für sie empfunden haben, kann ihnen im Grunde nicht übel genommen werden. Und so sind es schließlich die Uebel ihres eigenen Auswurfs, die die deutsche Nation mit umgehenden Opfern bezahlen muß — nicht um nützliche Werte zu schaffen, sondern eine Wüste noch wüster zu machen!

Gegen die Fahrkartensteuer. Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtags brachte einen Antrag ein, wonach die badische Regierung ersucht wird, im Bundesrat gegen die Fahrkartensteuer zu stimmen und alles daran zu setzen, um die Einführung dieser rückwärtlichen Verkehrssteuer zu verhindern. Die Debatte über diesen Antrag dürfte sehr interessant werden, da die badischen Nationalliberalen sich bisher immer als Freunde der Eisenbahntarif-Ermäßigung gerierten, während gleichwohl 3 badische nationalliberale Reichstags-Abgeordnete für die Fahrkarten-Steuer stimmten.

Vorlesungen sind verboten. Einem Arbeiter, der zu Bielefeld im Wartesaal des Bahnhofes die „Volkswacht“ las, wurde vom Portier das Lesen unseres Blattes mit dem Bemerkten unterzagt, daß auf den Bahnhöfen staatsfeindliche Blätter nicht gelesen werden dürften. Auf die gegen dieses sonderbare Verbot erhobene Beschwerde ist nun folgende nicht minder sonderbare Antwort eingetroffen:

„Nach der eingeleiteten Untersuchung haben Sie am 25. d. d. Monats im hiesigen Wartesaal 3/4. Klasse einem Kreise von Ausbüren einen Artikel aus der „Volkswacht“ vorgelesen. Ein Reisender hat sich hierüber beim Portier beschwert. Infolgedessen hat Ihnen der Portier das weitere Vorlesen verboten. Daß in Wartesälen keine Vorlesungen gebildet werden, ist wohl selbstverständlich.“

Der betreffende Arbeiter bestreitet ganz entschieden, „Vorlesungen“ gepflogen zu haben, es wäre daher interessant zu erfahren, worin die Untersuchungen der hiesigen Eisenbahndirektion bestanden haben, und wer der Reisende ist, der sich über die angeblichen Vorlesungen beschwert haben soll. Für die preußisch-deutsche Freiheit ist es übrigens auch bezeichnend, daß in Wartesälen keine Vorlesungen gebildet werden“, und daß dies die Bahnverwaltung für selbstverständlich hält. Es wird Beschwerde an eine höhere Instanz geführt werden.

§ 195. Vor der Strafkammer in Duisburg hatte sich am 16. d. P. der Gelegenheitsarbeiter Heinrich Peterles aus Wülheim an der Ruhr wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten, deren er sich beim Betteln schuldig gemacht haben sollte. Peterles bediente sich, als er beim Betteln abgefaßt wurde, über den Kaiser und den Papst einiger unflätiger Ausdrücke, um für längere Zeit Unterkommen auf Staatskosten zu erhalten. Das Gericht mußte ihm auf Grund anderer strafrechtlicher Bestimmungen wohl oder übel den Gefallen tun und verurteilte ihn zu 3 Monaten Gefängnis.

Schulpaläste. Die „Schul. Zig.“ schreibt: In der freisinnigen und demokratischen Presse spielen die „sozialistischen Schulpaläste“ eine große Rolle. Daß es aber auch im Westen mangelhafte Schulgebäude gibt, lehrt folgende Mitteilung: In der Knaben- und Mädchen-Schule in der Provinz (Regierungsbezirk Münster) wachte sich dieser Tage nach Beendigung des Unterrichtes ein verächtliches Knistern in der Decke bemerkbar, sodas der Lehrer sich genötigt sah, mit den Schülern das Lokal zu verlassen. Ein bündigener Sachverständiger erklärte, daß unter den augenblicklichen Umständen das Schulzimmer wegen Einsturzgefahr nicht benutzt werden dürfe.

Um das Schulzimmer zu kennzeichnen, muß das Blatt schon gegen die liberalen und demokratischen Presse polemisieren. Als ob nicht die Talsache der „Schulpaläste“ für unsere Kulturzustände beschämend genug ist, ganz gleich ob sie nun im Osten oder im Westen zu finden sind.

Ausland.

In der österreichischen Regierung ist mit dem neuen Ministerpräsidenten Dr. v. Hofen die Schillingssache ein neuer Geist eingezogen, von dem das Volk, wenn er sich so tapfer weiter behauptet, noch manche schöne Ueberraschung — besonders in der Wahlrechtsfrage — erwarten darf. Am Donnerstag hat sich der König dem österreichischen Herrscherthum vorgestellt und vor dessen abeliger Type demselben mannhaft für das allgemeine Wahlrecht plädiert wie vorher im Hause der Abgeordneten. Der jüngere einige Sätze aus Hofenlohes Rede im Herrenhause: ... Vor allem ist es Pflicht der Regierung, die Wahlreform herbeizuführen. ... Ob die verehrten Herren, die jetzt die Kurie des Großgrundbesitzes vertreten, im neuen Parlament sich und Stimme haben werden, das hängt wesentlich von ihnen ab. ... Durch das allgemeine Wahlrecht wird dem Geiste der Zeitungen für den Staat verpflichtet ist, der nun auch an dem öffentlichen Rechte teilnehmen. ... Wir sind aber auch unflätigen, Geiz und Neid gegenüber jedermann ohne Ansehen der Person zur Geltung zu bringen, was das Geiz und gegen jeden mit gleicher Energie gegenwärtig werden, weil nur dann der menschliche Gedanke der Fortschrittlichkeit im öffentlichen Bewusstsein Wurzel fassen kann.

Die Gleichheit vor dem Gesetz muß ebenso unerschütterlich sein wie der Respekt vor ihm, und diesen Respekt aber all unerschütterlich zur Geltung zu bringen, soll stets unsere erste Aufgabe sein. ...

Die Wahlrechtsreform in Schweden ist, wie vorausgesehen war und durch Depeschen bereits bekannt geworden ist, auch diesmal wieder an dem Widerstand der ersten Kammer gescheitert. Daß hier eine so starke Mehrheit, wie die von 128 gegen nur 18 Stimmen zustande kommen würde, um den Regierungsvertrag zu Fall zu bringen, war nicht von vornherein anzunehmen. Es zeigt sich aber darin nur, wie groß das Landbesitzliche ist, als das dieses Herrenhaus schon lange vom schwedischen Volke angefeindet wird. Beharrt die erste Kammer noch lange in ihrer reaktionären Verblendung, so gräbt sie sich damit selbst ihr Grab und muß darauf gefaßt sein, einmal von einem Sturm hinweggefegt zu werden. Selbst der Staatsminister Staaf brachte in der zweiten Kammer — die den Wahlrechts-Entwurf der Regierung bekanntlich mit 134 gegen 94 Stimmen angenommen hat — Worte gegen die erste Kammer, die auf etwas Beruhigendes hindeuten. Er erklärte, daß der Kampf, wenn er von der ersten Kammer hartnäckig weiter geführt werde, auf ein anderes Gebiet, als das der Wahlrechtsfrage übergehen werde, und daß es sich dann um die Frage handele, ob die Königsmacht mit der Volksmacht oder mit der Herrenmacht regieren solle? Genosse Branting bemerkte dazu im „Social-Demokraten“: „Beugt sich die erste Kammer nicht bei Seite, so gibt es eine Verfassung-Revision. Seit der Revolution von vor 100 Jahren sind solche Worte nicht von einem schwedischen Staatsminister gesprochen worden. Wir begrüßen sie, sie reinigen die Luft. Und will die Herrenmacht nicht im Guten weichen, so haben Schwedens Arbeiter Mittel und Wege, mit den Wiberpflichtigen „schwedisch zu reden“. Denn nun ist der entscheidende Kampf eröffnet und das Volk soll Herr in seinem eigenen Lande werden.“

Im englischen Oberhause ist die zweite Lesung der Bill, durch die verhindert werden soll, daß Fremde nach England kommen, um britische Arbeiter zu ersetzen, mit 24 gegen 24 Stimmen abgelehnt worden. Die Bill war im Unterhause von Lord Cardie eingebracht und dort ohne Einwände in allen Lesungen angenommen worden. Beardale beantragte die zweite Lesung und wies auf die Bemerkung eines deutschen Blattes hin, daß es ein Skandal für die englischen Arbeiter sei, den Hamburger Arbeiter zu ersetzen. Die Bill sei eingebracht worden, um nicht in England ein Geschäft auskommen zu lassen, ähnlich dem, das der Zugang englischer Arbeiter zum Ertrag für unabhängige in Deutschland hervorgehoben habe. Marquis of Lansdowne erklärte, wenn die Regierung die Verantwortlichkeit für die Bill übernehme, die einen neuen und wichtigen Grundfals darstelle, so werde die Opposition im gegenwärtigen Stadium die Bill annehmen, sonst aber werde sie für Ablehnung der Bill stimmen. Da jedoch die Regierung die Ueberrahme der Verantwortlichkeit für die Bill ablehnte, wurde diese von Hause abgelehnt. — Im Unterhause griffen verschiedene Redner die Regierung wegen ihres Haltung in dieser Frage scharf an.

Infolge weiterer Grenzzustände griechischer Banden gegen mazedonische Rumänen wird der rumänische Ministerrat die Ausweisung von weiteren 23 Griechen aus Rumänien beschließen.

Aus Südwestafrika. Eine aus den Keinen Karassbergen ausgebrochene Hottentottenschar zog sich in südlicher Richtung nach der unregelmäßigen Gegend des Großen Fischflusses. Die von allen Seiten folgenden deutschen Truppen stellten fest, daß am 10. Mai Johannes Christian, Morris und ein dritter Führer, namens Wieding, bei Kolbenbush am Großen Fischfluß vereinigt waren.

In Ostafrika hatten die deutschen Truppen verschiedene erfolgreiche Gefechte. Die Waffenergebnisse der Aufständischen und die Anstieflerinnen der Räuberführer mehrten sich.

Aus Russland.

In einem neuen Zwischenfall soll es zwischen Japan und Russland wegen Korea gekommen sein. Russland soll weder den zwischen Japan und Korea geschlossenen Vertrag, noch die Oberherrschaft Japans über diese Halbinsel anerkennen wollen; es stützt sich darauf, daß der Vertrag, von Portsmouth die Unabhängigkeit Koreas anerkenne. Deutschland und England unterstützen angeblich den japanischen Standpunkt, während Frankreich und die Vereinigten Staaten weder für die eine oder andere Partei sich entscheiden.

Partei-Angelegenheiten.

Der Kampf gegen die Verfassung der Volksschule. Zur tatkräftigen Unterstützung dieses Kampfes sind jedoch leider sehr verspätet — von der Buchhandlung „Vorwärts“ in Berlin zwei Broschüren herausgegeben: 1. Der preussische Volksschulgesetzentwurf. 2. Der Gesetzentwurf. 3. Die kommunalpolitische Bedeutung des Entwurfs. 4. Die religionspolitische Bedeutung des Entwurfs. 5. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen. Preis 20 Pfg. — „Schule, Kirche, Arbeiter“. Der Verfasser, Genosse Paul Göhre, legt den Jued dar, den die herrschenden Klassen mit der Unterjochung der Volksschule unter die Vormundschaft der Pfaffen verfolgen. Er zeigt dann, wie schon heute die Volksschule eine Pflanzstätte der Reaktion, ein Instrument der Kirche, eine Anstalt zur religiösen Dressur der Kinder des Volkes ist. Diesen Zustand zu verändern, das ist das Bestreben der herrschenden Klassen. Göhre sucht dann nach Mitteln, durch welche dieser Jued beseitigt werden kann und er kommt zu dem Schlusse, daß das wirksamste Mittel sei: Der Austritt aus der Landeskirche! Der Preis dieser Broschüre ist 15 Pfg., beide sind zu haben in jeder Parteibuchhandlung und bei jedem Kolporteur.

ParteiSekretäre. In der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg wurde Genosse M. Tren an Stelle des verstorbenen Genossen Radl als Parteisekretär gewählt. — Die Parteiorganisationen von Bremen und Halle a. S. suchen ebenfalls Parteisekretäre.

Aus der italienischen Partei. Der lästige unserer Abgeordneten und Organisatoren, Genosse Angiolo Cabroni stellt im hiesigen „Avanti“ mit, daß er von der Wiederanstellung seiner Persönlichkeit im 6. Mailänder Wahlkreise abstehe. In diesem Entschlusse bestimme ihn die tiefgehende Meinungsverschiedenheit, die ihn von der offiziellen Mailänder Parteiorganisation trenne, der er als Sozialist angehören wolle und müsse. Diese Organisation bestche vorwiegend aus Sympathisanten; er, Cabroni, stelle die symbolische Auffassung nicht und habe bei der Fraktionsbildung vom 11. Mai für die Tagesordnung Turati gestimmt; deshalb sei er nicht mehr der geeignete Parteikandidat; seine eigene Selbstachtung und die Selbstachtung der Organisation verbiete es, daß er weiter ein Mandat annehme, dessen Mandatäre prinzipiell weit von ihm abwichen. — Der Entschlusse Cabronis, der große Verdienste um die italienische Gewerkschaftsbewegung erworben hat, wird sich vom Proletariat mit Bedauern aufgenommen werden. Ein symbolischer Kandidat hat in Mailand keinerlei Aussicht auf Erfolg.

Arbeiterbewegung.

Verbandsrat der Schmiebe. In der Mittwoch-Sitzung wurde die Debatte über das Unterstützungsgesetz in der ersten Lesung abgelehnt. Die Redner, die die Einführung der Gewerkschaften unterstützen, vertiefen sich auch darauf, daß der Metallarbeiterverband diesen Unterstützungsgesetz eingeführt habe, und daß infolgedessen viele Mitglieder erklärt hätten, sie würden zum Metallarbeiterverband übertreten, wenn der Gewerkschaftsverband nicht ebenfalls die Gewerkschaftenunterstützung einführe. Anderer-

Zur Metallarbeiterausperrung

In Dresden und Schlesien ist zu berichten, daß in Dresden am vorigen Sonnabend weitere Kündigungen in nennenswertem Umfang nicht mehr vorgenommen sind, da hier die organisierten Metallarbeiter nunmehr so ziemlich alle bereits auf der Straße liegen.

Dagegen wird aus Hirschberg gemeldet, daß dort bei der Maschinenbau-Mittelgesellschaft vormals Starke und Hoffmann 180 Metallarbeitern am Sonnabend gekündigt worden ist, während bei vier anderen Fabriken des Hirschberger Bezirks keine Kündigung erfolgt ist. In Leisnig wurde ebenfalls bei den Firmen Gubisch, Leichert und Sohn sowie Hübler die Aussperrung von 60 Prozent aller Arbeiter angeordnet.

Überdies wird es unserer Ueberzeugung nach nicht so weit kommen, sondern die Kündigung wird sicher eine leere Drohung bleiben.

Zum Falle Diewald

Sendet uns der Polizeipräsident Dr. Diewald unter Verweisung auf § 11 des Pressegesetzes die nachfolgende Berichtigung:

Die Angabe in Nr. 115 der „Volkswacht“ vom 19. d. Mts., Hauptblatt, Seite 3, unter „Eine Spure“, daß bei Kelling kurz nach dem 19. April ein mit Blut besetzter Schutzmannsmantel mit der Nummer 145 zur Reinigung abgegeben worden ist, ist unrichtig. Die Schutzmannsmäntel tragen überhaupt keine Nummern, und nach hier vorliegender Erklärung der hiesigen Wachenhaft W. Kelling vom 17. d. Mts. ist seit dem 19. v. Mts. weder in der Wache in Klein-Lobkowitz, noch in deren hiesigen Filialen ein mit Blut besetzter Schutzmannsmantel oder Schutzmannsuniform abgegeben worden.

Dresden, den 19. Mai 1906. Der königliche Polizei-Präsident. Dr. Diewald.

Wir können hierzu nur bemerken, daß die Mitteilung mit so großer Bestimmtheit gemacht worden ist, daß wir an ihr zu zweifeln keinen Anlaß hatten. Es muß sich also wohl um ein Mißverständnis handeln, das aufzuklären wir bemüht sein werden. An unseren übrigen Feststellungen scheint der Polizeipräsident nichts anzusetzen zu haben. Der Berliner Lokalanzeiger bringt jetzt auch den schon längst bekannten Namen des Schutzmanns. Wir nennen ihn deshalb nunmehr auch: es ist der Gubischstraße 48 wohnende Schutzmann Thurst, dessen Sohn seinen Mitschülern erzählt hat, sein Vater habe einem Manne die Hand abgeschlagen.

„Eine Messerstecherei mit tödlichem Ausgange hat am Sonntag den Morgenriegen unseres Nachbarortes Grabschen gescheit. Seit 14 Tagen trieb sich dort der obdachlose, in der Mitte der vierziger Jahre stehende Fleischergehilfe Oswald Wagenknecht herum, der dem Trunke ergeben und bereits vielfach, auch wegen Rohheitsvergehen, vorbestraft, von seiner Frau getrennt lebte. Am Sonntag Morgen gegen 1/4 Uhr verlor er sich bei seiner Grabschen 8 wohnenden Frau Einlaß zu erhalten, er wurde aber abgewiesen, da die Frau sich vor ihm fürchtete. W. trieb sich darauf im Dorfe herum, versuchte auch seine im Lokal von Kurt bei einem Kränzchen anwesenden Kinder zu sprechen, allerdings vergeblich. Gegen 1/6 Uhr begegnete er zwei von demselben Vergnügen kommenden Steinmehkern, die eine noch teilweise gefüllte Schnapsflasche bei sich führten. Beide waren angeunken. Sie begrüßten W., worauf er sofort nach ihrer Flasche griff und trank. Darauf fragte ihn einer der beiden Steinmehker, der aus Böhmen gebürtige 28 Jahre alte Benzjel Kadel, warum er denn nicht mit seiner Frau zusammen lebe, es sei doch eine hübsche Frau; er solle nur lieber arbeiten als bloß herumlungern und zu trinken. Nach einem weiteren Wortwechsel wurde Wagenknecht schließlich von den beiden Steinmehkern ausgefordert, Parade marsch zu machen, und als er das nicht konnte, wurde er von den beiden ausgelacht. Nun kam es zunächst zwischen Wagenknecht und Kadel zu einer Balgerei, beide wälzten sich auf der Erde, und als sie sich nicht trennen, schlug der andere Steinmehker den W., der oben lag, zweimal mit der Flasche auf den Kopf. W. schickte darauf seinen inzwischen hinzugekommenen Sohn zum Amtsvorsteher, er selbst aber ging zum Polizeisergeanten Kluge, überlegte sich aber anscheinend die Sache, lief in den Laden des gegenüber wohnenden Schmiedemeisters, nahm dort ein Fleischermesser fort, und ehe er noch daran verbinde werden konnte, eilte er zurück auf die Straße und nach den Kadel mit dem Messer mitten in die Brust.

Kadel wurde in das Elisabethinen-Kloster gebracht, er starb aber auf dem Transport. Seine Leiche wurde nach dem Leichenhause des Grabschener Gemeindefriedhofes geschafft. Wagenknecht wurde ins Kloster der Barnhirsigen Brüder überführt, wird aber, da er nur leichte Kopfverletzungen erlitten hat, wohl bald ins Polizeigefängnis gebracht werden.

Eins nimmt uns an der ganzen Sache besonders Wunder. Konnte der Gemeindevorstand, der doch sonst mit Obkatholischen kurzen Prozeß zu machen weiß, nicht Vororge treffen, daß Wagenknecht, dessen Gemeingefährlichkeit bekannt war, unschädlich gemacht wurde?

Aus Schlesien und Posen.

Zum Streit der Bergarbeiter in Gottesberg.

Der in den Montags-Versammlungen mit übergrößer Mehrheit gefasste Beschluß für Fortführung des Streiks ist also absolut nicht nach dem Geschick mancher Leute ausgefallen. Man hat sich geglaubt, daß der Streik abgebrochen werden würde. Das wurde dadurch motiviert, daß jetzt alle Verhandlungen abgebrochen worden sind und daß kaum den Streikenden nicht weiter übrig bleiben würde, als auf die Straße zurückzugehen. Diese klugen Leute hätten aber übersehen, daß geschichtlich der Kampf erst richtig los geht, wenn alle Verhandlungen gescheitert sind. Es würde den Herren Arbeitgebern passen, wenn überall nach diesem Rezept verfahren würde, daß, wenn die Verhandlungen gescheitert sind, die Streikenden wieder räumlich zur Arbeit zurückzuführen würden. Wäre dieses von der Organisation befohlen, so bräuhete kein Arbeitgeber Kunde von Streiks zu haben. Er würde ganz einfach warten, bis alle Verhandlungen abgebrochen bzw. gescheitert sind. Dann würde er, daß der Streik jetzt Ende erreicht. Dadurch würde überhaupt kein Streik mehr festgelegt für die Arbeiter verfallen. Es ist nicht nur die Gewerkschaft, die mit erhöhter Kraft arbeitet, sondern es sind noch ganz andere Personen, welche an ihre Hand mit im Spiele haben. Mancher nimmt offen für die Gewerkschaft, die meisten aber tun dies heimlich. Da denen, welche es nicht können, offen

ihre Abneigung für die Straße zu eröffnen, geht es auch bei Bahnhofsvorsteher von Gottesberg. Dieser Herr wehrt auch nicht, auf welche Weise er seinem Vorgesetzten über die Streikenden Luft machen soll. Ob dadurch der Streik eine Stunde eher oder später beendet sein wird, möchten wir billig bezweifeln. Die Ausführungen dieser Herren, die nur von stolzer Unkenntnis der Sachlage zeugen, können bei den Streikenden nur ein mißliches Achseln hervorrufen. Dieser Tage sagte dieser Herr zu einem Streikenden, daß sich die Streikenden nur von den Agitatoren beeinflussen lassen, daß diese Agitatoren es nur um des Geldes willen täten, was sie bekommen. Bei den Arbeitern bleibe es immer, freie Männer wollten sie sein, doch hier jetzt es sich, daß sie nur Sklaven wären. Früher wäre ein jeder froh gewesen, wenn er Brot und Lohn gehabt hätte. Er, der Bahnhofsvorsteher, müsse auch arbeiten, die Streikenden aber gingen nur spazieren, die Faulenzer. In diesem Tone nahmen die gefürchteten Ausführungen ihren Fortgang. Wir raten diesem Herrn, den Beamtenposten bei der Bahn niederzulegen und sich beim Reichsbrot-Verbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie anwerben zu lassen. Dort würde er eher am Platze sein. Wir befürchten, daß, wenn dieser Bahnhofsvorsteher auch mit täglich 2.50 Mark abgeholt würde, daß er dann wohl auch die Broden hinterwerfen würde.

Eine große Hebe wird jetzt seit einiger Zeit in der Presse in Szene gesetzt. Mirlich brachte ein Artikel im Wabener „Hausfreund“, den auch die „Schlesische Zeitung“ anstandslos abdruckte, schauerliche Dinge, die im Streikgebiet vorgekommen sein sollen. Der Verfasser dieses Artikels ist der Herr von den Grubenbesitzern angestellte Sekretär der Reichstreuen Bergarbeiter-Vereine und des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Dieser Streiks genügt, um die Schreibweise zu kennzeichnen. Da wird erzählt, daß die hiesige Streikleitung Streikende nach Jede Reumut und andere Zeichen in Rheinlands-Westfalen beordert habe, um dort Streikbruch zu verüben. Weiter erzählt man aber aus dem Artikel nicht, wo Streik im Ruhrgebiet vorhanden ist. Da bekanntlich kein Streikbruch verübt werden kann, wo kein Streik vorhanden ist, so muß man sich über die Borniertheit wundern, wie diese Schreibweisen in die Welt gesetzt werden können. Daß das Wert keine Lohnerhöhung bewilligen kann, weil mit Unterbilanz gearbeitet wird, das kann man wohl ahnen, aber nicht streikenden Arbeitern erzählen. Alle diese Artikelarten haben nur den Zweck, das Wert herauszuheulen; woher ist von allem diesem kein Wort. Die Streikenden sehen diesem Treiben mit Ruhe entgegen, wissen sie doch, daß sie im vollen Rechte sind, daß das Wert ganz gut höhere Löhne, verbesserte Arbeitsbedingungen bewilligen könnte, wenn man nur wollte.

„Schweidnitz, 19. Mai. Rohndewegung in der Bau- und Mäbelbranche. Die hiesigen Bau- und Mäbelarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In einem stark besuchten öffentlichen Holzarbeiter-Versammlung, die vergangenen Freitag im „Zeltgarten“ tagte, sind die von einer gemeinsamen Kommission ausgearbeiteten Forderungen in gehobener Abstimmung mit allen gegen zwei Stimmen angenommen worden. Gefordert wird neben einer täglichen 9 1/2 stündigen Arbeitszeit ein Mindestlohn von 25 Pf. pro Stunde, eine Erhöhung des bisherigen gezahlten Stundenlohne um 4 Pf., eine Lohnerhöhung von 15 Prozent bei Akkordarbeiten, sowie entsprechende Zuschläge bei Ueberstunden und Montagearbeiten. Desgleichen Abschaffung von Rest und Logis beim Meister. Die in derselben Versammlung gewählte, aus 4 Verbandskollegen, 2 Gewerksvereins- und einem Christlichen bestehende Lohnkommission wurde beauftragt, obige Forderungen an die in Betracht kommenden Arbeitgeber einzutragen. Nachdem noch die Kollegen Gaultier Ditzsch vom Holzarbeiter-Verband und Gaultier Kauer vom Gewerksverein diesbezügliche Verhandlungs-Maßregeln gegeben, wurde die Versammlung geschlossen.

„Hirschberg, 21. Mai. Vom Streik der Maurer. Infolge des Streiks der Maurer wurden die Maurer am 19. d. M. in der Gesamtzahl von 199 Kollegen ausgedrängt. Selbstverständlich war die Antwort der Maurer auf die Aussperrung die Lohnforderung von 40 Pf. gleich den Zimmerern. Irigendwelche Verständigungsversuche sind von seiten der Arbeitgeber noch nicht unternommen worden. Bewilligt haben 5 Arbeitgeber, die dem Bande nicht angehören. Natürlich haben wir viele unter dem Jang der Ausländer, vorwiegend Italiener, zu leiden. Verwundern muß es auch da, daß diesen Leuten ein Stundenlohn von 50 Pfennige gezahlt wird, wo sie garnicht einmal hier Steuerzahler sind, während um die 40 Pf. nicht gewährt werden können. Ebenso liegt es mit den Akkordisten im Pugen. Den hiesigen Kollegen wird bei Hochstarkford Lohn im Innern für Puz, ob Decke oder Wand, mit 29 Pf. pro Meter gezahlt, dagegen den fremden Nationen für Decke 37, und Wandputz 27 Pf. pro Meter. So ist es uns unverständlich, daß hier auf einmal die letzte Phrase vom teuren Arbeitslohn nicht in Anwendung kommt. Rotabene erhalten die Ausländer noch Rest und Logis von seiten der Arbeitgeber, was die noch extra Leute anstellen müssen. Auch ist es bekannt, daß einzelne Polizeibeamte sowie Nachtwachbeamte den fremden Nationen den zuvorkommendsten Schutz in höchstem Maße angedeihen lassen. Demerkt wollen wir noch, daß auch wir zu jeder Zeit zu einer Verständigung bereit sind. Vorläufig bleibt uns kein anderer Weg, als den uns aufgezwungenen Kampf in verstärktem Maße weiterzuführen, wie es die Hirschberger Arbeitgeber im Vorgehen haben wollen.

„Bunzlau, 21. Mai. Es wird nicht! Unser hiesige Arbeiter-Organisation kann mit Genugtuung auf ihre Erfolge in der letzten Zeit zurückblicken. Nach dem für sie allzufrüh beendeten Streik haben sich die noch der Organisation fernstehenden Kollegen derselben angeschlossen, und auch in der Nachbarstadt Kaumburg a. O. beginnt es zu dümmern. So fand daselbst vorige Woche eine Arbeiter-Versammlung statt, an welcher der Vorstand der Bunzlauer Organisation teilnahm. Es war geradezu herzerfreuend, zu sehen, welche Begeisterung in dieser Versammlung herrschte. Der Kaumburger kennt, dieses verlassene, finstere (wir meinen dies im geistigen Sinne. D. B.) Nest, der wird verstehen, daß es schon eine gewisse Zeit war, überhaupt eine Versammlung daselbst abzuhalten. Aus Gerechtigkeit war der katholische Gewerkschafts-Sekretär Segow erschienen, welcher selbstverständlich für den christlichen Verband Propaganda machen wollte. Unsere Genossen aber lauschten dem Sterne Segow so geduldig heim, und aus der Versammlung heraus wurde es so abgetrunst, daß er seine Stiefelchen zusammenpackte und sich auf französische Weise empfahl. Und das Ergebnis dieser Versammlung? 44 Mitglieder sind gewonnen worden! Männer im Alter von 60 Jahren und darüber erklärten, wir wollen nun Mitglieder des Arbeiter-Verbandes werden und ließen sich sofort aufnehmen. Kurz nach Pfingsten wird abermals eine Versammlung stattfinden und ist zu hoffen, daß diesem ersten Erfolge sich weitere anschließen werden. So wird es auch nicht in den dunkelsten Gegenden, und Junglingen wie Greisen kommt die Erkenntnis, daß nur durch die freier Gewerkschaften ihre Lage eine bessere werden kann.

„Bunzlau, 21. Mai. Terrorkommiss. Anlaß des Streiks der Dresdener Oefenker haben die Arbeitgeber beschloffen, alle in Schlesien arbeitenden Oefenker auszusperrten. So wurde am letzten Sonnabend in der Kützingen Fabrik hierauf und bei Krumbholz in Zittendorf den Oefenker gekündigt. In letzter Zeit werden dort unter anderen Dingen getroffen, die 25 bis 30 Jahre daselbst gearbeitet haben und die zum Teil dem Kriegerehren, dessen Vorfahren der Herr Oefenker in angehören. Die aus Schlesien nach Bunzlau gekommenen haben nun reichlich Zeit, über die Arbeiterorte von der gestrigen Oefenker-Verbands-Versammlung nachzudenken, ebenso über die Bedeutung des Kampfes in Schlesien. Die in Bunzlau arbeitenden Oefenker sind nun reichlich in der Lage, sich über die Bedeutung des Kampfes in Schlesien zu informieren. Die in Bunzlau arbeitenden Oefenker sind nun reichlich in der Lage, sich über die Bedeutung des Kampfes in Schlesien zu informieren. Die in Bunzlau arbeitenden Oefenker sind nun reichlich in der Lage, sich über die Bedeutung des Kampfes in Schlesien zu informieren.

seits wurde der Umstand geltend gemacht, daß die freien Hilfskräfte verlieren würden, wenn die Gewerkschaften das Unterstützungswesen immer mehr ausbauen. Sodann, der als Vertreter der Generalkommission für die mögliche Ausdehnung des Unterstützungswesens, als eines Mittels zum eigentlichen Zweck der Gewerkschaften eintrat, meinte unter anderem, auf die freien Hilfskräfte brauche man keine Rücksicht zu nehmen. Wenn sie nicht mehr bestehen könnten, so würde er ihnen keine Krone nachweihen. Die freien Hilfskräfte hätten ihre Aufgabe, die sie früher hatten, erfüllt, sie seien nicht mehr zeitgemäß, das Unterstützungswesen müsse von den Gewerkschaften bestritten werden. Diese brauchen solche Einrichtungen, um möglichst viele Mitglieder zu gewinnen, die wieder nötig sind, um Lohnkämpfe mit Erfolg führen zu können. Es wurde beantragt, daß diese Unterstützung nur dann als angenommen gelten sollte, wenn zwei Drittel aller Abstimmen sich dafür erklärten. Ein anderer Antrag wollte die Angelegenheit zur Urabstimmung gebracht werden. Schließlich entschied sich der Verbandstag durch namentliche Abstimmung mit 42 gegen 28 Stimmen für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Die 15 Berliner Delegierten stimmten geschlossen dagegen. — Hierauf wurde noch die Einführung von Umzugunterstützung und Sterbegeld beschlossen. Die Beratung der Einzelheiten des Unterstützungswesens wird durch eine Kommission erledigt werden. Rummer wurde der Bericht der Preßkommission durch Wichmann-Berlin erstattet. Er gab Auskunft über eine Reihe Beschwerden und kam dann auf die grundsätzliche Haltung des Verbandesorgans „Schmiedezitung“ zu sprechen. Die Preßkommission habe es entschieden geteilt, daß die „Schmiedezitung“ den Artikel aufgenommen habe, den die Redaktion des Korrespondenzblattes der Generalkommission seiner Zeit zum „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht und an die Gewerkschafts-Presse verbannt habe. Durch diesen Artikel seien der Partei Anklagen zwischen die Beine geworfen worden, dazu dürfe sich die Gewerkschafts-Presse nicht hergeben. Die Preßkommission mache aber wegen dieses Vorfalls weniger dem Redakteur der „Schmiedezitung“, als vielmehr der Generalkommission einen Vorwurf, denn diese habe durch die Verlesung des Artikels die Gewerkschafts-Presse zur Verantwortung gezogen. Wenn auch das Verbandesorgan eine andere Aufgabe habe wie die Parteipresse, so dürfe es doch nicht den Parteinteressen entgegenarbeiten, wie es durch Aufnahme des betreffenden Artikels, der eine Einschüpfung in Parteianglegenheiten bedeute, geschehen sei.

Metallarbeiter. Der Kampf in Dresden ist beendet! Eine hoch besuchte Form- und Gießereiarbeiter-Versammlung erklärte sich zur Beendigung des Kampfes bereit unter den von den Kommissionen der Arbeiter und Unternehmer vereinbarten Bedingungen. Diese repräsentieren eine ganze Reihe wesentlicher Erfolge für die Arbeiter. In der Versammlung wurde die Annahme dieser Vorschläge durch die Beauftragten der Kommission und der Bezirksleitung empfohlen, ebenso empfahl ein Vorwörter-Meister die Vorschläge zur Annahme, die immerhin eine ganze Reihe von Erfolgen bedeuten. Die Formisten stehen in Dresden nunmehr 7 Wochen im Kampf, die Aussperrung dauert sechs Wochen. — In Braunschweig stellten die Unternehmer die Forderung auf, daß die Arbeiter der einzelnen Werke mit den Werkbesitzern über die Lohnfrage verhandeln möchten. Die Arbeiter erklärten, daran die Verhandlungen nicht scheitern lassen zu wollen.

Dagegen meldet ein Telegramm aus Kiel, daß die Krupp'sche Germania-Werke zum 2. Juni 2000 Arbeiter, gleich 60 Prozent der Beschäftigten, kündigte. Betroffen wurden alle Kategorien: Metallarbeiter, Schmiede, Maler, Tischler, Schiffszimmerer, Organisierte und Nichtorganisierte, auch die Tisch-Dücker. — In der Maschinenfabrik von Bohm u. Köhler wurde sämtlichen Arbeitern gekündigt, in der Maschinenfabrik Dabel 60 Prozent von 140. — Die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft teilte ihren Arbeitern durch Anschlag mit, daß sie in Ausführung des Beschlusses des Verbandes 60 v. H. ihrer Arbeiter aussperrten wird, falls diese nicht auf Beseitigung der bestehenden Differenzen hinarbeiten. — In dem zum Magdeburger Bezirksverband der Metallindustriellen gehörenden Werken ist den organisierten Arbeitern zum 2. Juni ebenfalls gekündigt worden. 7000 bis 8000 Arbeiter sind davon betroffen worden.

Die Aussperrung der im Senefelderband organisierten Lithographen und Steindrucker soll von den im Schutzverband organisierten Steindruckern in ganz Deutschland am 2. Juni, wie bereits angekündigt, vorgenommen werden, wenn es bis dahin nicht gelingen sollte, die in verschiedenen Städten bestehenden Differenzen zu beseitigen. Durch Anschlag in den Betrieben wird am 19. Mai die Kündigung der Lithographen und Steindrucker ausgesprochen.

Maurer. Weil in Erfurt 200 Mann streiken, beschloß der Arbeiterverband, in der nächsten Woche die übrigen 2000 Arbeiter (Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter) auszusperrten, falls nicht die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen wird. — In Göttingen stehen die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter in einer Lohnbewegung.

Bei der Gewerkschaftswahl in Nürnberg siegte die Liste der freien Gewerkschaften mit 9925 Stimmen gegen 827 der christlichen und 850 der Hirsch-Dückerischen Liste. Die Gegner boten alles auf, um eine möglichst große Minorität zu erzielen und auf Grund dessen die Verhältnismäßig verlangen zu können, die diesmal noch vom Magistrat abgelehnt wurde, weil die Minorität kaum nennenswert war. Einige tausend Gewerkschaftswähler waren an der Stimmenabgabe verhindert, da der Magistrat wieder eine Verteilung getroffen hatte, durch die es in verschiedenen Bezirken wegen des kolossalen Andrangs diesen unmöglich wurde, an die Urne zu gelangen.

Die schottischen Ozeantente rühren sich. Vertreter der schottischen Bergarbeiter beschloffen in einer Versammlung in Glasgow einstimmig, 12 1/2 Prozent Lohnerhöhung zu fordern.

Zur Autarkiebewegung in Frankreich. Die Syndikatskammer der Automobilindustrie hat beschloffen, weder den Autarkie, noch den Neunstunden Tag anzunehmen, ebenso lehnte sie die sog. englische Woche mit dem freien Sonnabend-Nachmittag und Zahlung eines Lohnes von 60 Stunden anstatt von 55 Stunden ab. Auch die übrigen Forderungen der Arbeiter wurden abgelehnt. Außerdem beschloffen die Arbeitgeber einhellig zwei Prozent der drei Millionen Franken betragenden Lohngelder, welche sie jährlich auszahlen, zu erheben, zwecks Gründung einer Unterstützungskasse für Ausländer, sowie zur Organisation eines Syndikats der Arbeitgeber.

Das Zentralkomitee der französischen Arbeitgebervereinigungen für die Metallindustrie hat beschloffen, den Kampf mit den Arbeitern anzunehmen. Am 2. Juni werden sämtliche Industrien dieser Branche ihre Werke schließen. Durch diese Aussperrung werden insgesamt 175.000 Arbeitnehmer in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeiter sollen von der bevorstehenden Aussperrung durch Anschlag benachrichtigt werden und davon, daß die Arbeiterorganisationen an diesem Tage zu beschließen haben werden, ob sie mit einem Generalkrieg bis Ultimatum der Arbeitgeber beantworten wollen. Die Ursache dieses Streiks ist die Frage des Wochenlohnes und die Durchführung des Autarkiegesetzes. — Also auch hier soll der Hauptschlag am 2. Juni geführt werden. Handelt es sich nur um einen Zufall oder liegt eine internationale Vereinbarung der Arbeitgeber vor?

werden nun, wo sie alt sind, vor die Tür gesetzt. So will es der Kapitalismus, so will es der Terrorismus des Arbeitgebers, Verbannt. Und nicht dann so ein Ausgestoßener im Stund, so spielt ihm bei seiner Verdringung die Wut den schmerzlichen Kern: "Ich hatt' einen Kameraden, Einem bessern sind' r' Du nit."

ec. Parnitz, 20. Mai. Volksverein. Am 19. Mai hielt der hiesige Volksverein seine Monatsversammlung ab. Zu der in eleganter Ausstattung Generalversammlung des Kreisvereins wurden die Genossen im Laufe und in dem gemütlich, und ihnen eine Entschädigung von 250 Mark zugewilligt. Hierauf gab das Komitee die Abrechnung; sie ergab eine Einnahme von 113.25 Mark, eine Ausgabe von 96.05 Mark, sodass ein Ueberschuss von 17.20 Mark zu verzeichnen war. Dem Komitee wurde der Dank für seine Mithilfe ausgesprochen. Ferner wurde von einem Genossen zur Sprache gebracht, dass bei der letzten Monatsversammlung zwei Genossen ihre Pflicht nicht erfüllt haben können, denn es wurden bei ihrer Abreise in ihrem Besitz noch 60 bis 70 Stück vorgefunden. Es wurde dabei beschlossen, denselben, da man ihren Aufenthalt nicht weiß, eine scharfe Klage zu erteilen. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die Forderung, auch da müßte ein Kontrollkomitee errichtet werden wegen einer Verletzung am letzten Sonntag. Zum Schluss wurde der Antrag erneuert, das "Schiedsamt" und das "Schlichte Amt" streng zu meiden. — Es ließen sich mehrere neue Mitglieder aufnehmen.

Reußen, 19. Mai. Vom Streit auf Samuelsplatz in Breslau. Nachdem am 16. d. Mts. fünf die Arbeit wegen Lohnrückzahlung bis zu 20 Pennige pro Stück, niedergelast hatte, haben am 17. die meisten die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. Et was über 100 Mann verharren im Streit. Am 18. fand nun eine Versammlung der Streikenden im Köpferberger Gewerkschaftslokal statt, in welcher der Gewerkschaftssekretär Schalktytel über die Situation berichtete. Am Verlaufe dessen wurde eine Kommission der Streikenden gewählt, die der Verwaltung folgende Forderungen unterbreiten soll: 1.000 Mark, 2.50 bis 3.00 Mark Zuschlag, bessere Behandlung seitens der Vorarbeiter, Abweisung verhasster Arbeiter, Beschaffung von frischem Trinkwasser. Diese Forderungen sollen am 19. der Direktion unterbreitet, und am selben Tage das Resultat der Verhandlungen bekannt gegeben werden. Auf allzu großen Erfolg wird man wohl nicht rechnen können, da die Verhältnisse sich gar nicht bessern. Bessere Verhältnisse werden auch erst eintreten, wenn die große Masse der Arbeiter die Notwendigkeit der Organisation eingesehen haben wird.

### Neueste Nachrichten.

#### Der Zar und die Duma.

Petersburg, 21. Mai. Bis zur Stunde ist aus Peterhof noch keine Nachricht auf das Audienzgesuch des Präsidenten der Duma, Murawjow, eingetroffen. Unter den Republikanten herrscht darüber große Besorgnis, während die Autokratie triumphiert. Der Korrespondent des Berl. Volkalanz hatte Gelegenheit, eine Persönlichkeit zu sprechen, die vorher in Peterhof weilte. Die Adresse, deren Inhalt dort längst bekannt ist, hat großen Willen erregt. Ein so frühes Programm hatte man nicht erwartet, der Zar äußerte zu einer ihm nahestehenden Persönlichkeit: "Ich habe Geduld, viel Geduld, doch möge man verstehen, daß sie nicht einmal reißt." Die hochgeheiligten Erwartungen der Duma dürfen daher große Enttäuschungen erleben.

### Stichwahlen in Frankreich.

Paris, 21. Mai. Oberst Marchand, Major Erlant und Villeneuve und andere Nationalisten sind in Paris unterlegen. Die Regierungspartei sieht alle ihre Erwartungen erfüllt, doch dürften die radikalen Sozialisten und die Sozialdemokraten in der nächsten Kammer die Aufhebung des Rabinets stark beeinflussen. Radikale Pariser Wähler werden in der nächsten Kammer die einzelnen Parteien in folgender Stärke vertreten sein: Orthodoxe Sozialisten 53, unabhängige Sozialisten 19, radikale Sozialisten 129, Radikale 115, demokratische Union 83. Auf die Opposition entfallen 75 Gemäßigte, 77 Radikale und 29 Nationalisten. 10 Wahlen sind noch anberaumt oder vollständig preisgegeben. — In Paris kam es zu keinen nennenswerten Zwischenfällen, jedoch fanden in Vigard und Milan (Departement Arzon) einige Zwischenfälle statt. Die Wahlen wurden dort geschloßen, sodass die Wahrschritte nicht protokolliert werden konnten. Der Zwischenfall in Vigard drohte einen ernstern Charakter anzunehmen. Die Prefektur wurde von Radikalen angegriffen und mit Steinen beworfen, aber die Mauer des Prefekturartens und drangen in das Gebäude ein. Ein Gendarmenoffizier intervenierte rechtzeitig. Es gelang ihm auch, die Unruhestifter zu beschwichtigen.

#### Briefkasten.

A. M. und andere. Berichte und sonstige Einsendungen an die Redaktion bitten wir stets nur einzeln zu beschreiben. **W. G. Friedland, Erödel und andere Erö.** Wegen Stoffmangels mußten einige Berichte zurückbleiben. Wir werden dieselben möglichst morgen bringen.

**W. G.** 1. Wenden Sie sich an das Gewerkschaftslokal G. W. G., daß die Sache in der Hand hat. 2. Die Kinder müssen an einem Religionsunterricht teilnehmen. Die Kinder werden von ihm nicht befreit, wenn die Eltern nicht Dissidenten sind. 3. Der Mann muß die Armenunterstützung erlassen und hat Lohnabnahme zu gewärtigen, wenn er nicht zahl. 4. Retzt die Frau zum Manne auf dessen Aufforderung nicht zurück, so kann er gegen die Frau wegen böswilligen Verlassens auf Schwelma klagen. Die Klage wird aber abgewiesen, wenn die Frau einen berechtigten Grund zum Verlassen des Mannes hatte.

**Abkommen in Breslau.** 1. Der Austritt aus der Landesliste ist bei dem Amtsgericht schriftlich zu erklären. Vier Wochen nach dieser Erklärung, aber nicht nach Ablauf von sechs Wochen, muß der Austritt auf dem Amtsgericht nochmals mündlich vor dem Gerichtsschreiber erklärt werden. 2. Bezüglich der beiden anderen Fragen sind Sie im Recht.

#### Ergebnisse der hiesigen Markt-Notierungskommission

Breslau, 19. Mai.

Per 100 Kilogramm	
amte	mittlere
Weizen, weißer	17.80 niedr. 16.80 niedr.
Weizen, gelber	17.70 16.90 16.80 16.40
Woggen	15.40 14.90 14.70 14.50
Brangerie	16.00 15.60 15.50 15.00
Gerste	14.50 14.10 14.00 13.60
Dafel	16.30 15.80 15.70 15.30
Victoria-Frühen	19.50 18.50 17.50 16.50
Erbsen	18.00 17.50 16.30 15.30

See'auer Mehlmarkt. Mehl feinst, per 100 Kilogr. inkl. Sack brutto, Weizen mehl 00 feinst, 23.75—24.25 Mk. Roggen mehl 00 rubig, 21.75—22.25 Mk. Woggen-Hausbuden rubig, 21.25—21.75 Mk. Woggen-Hausbuden rubig, 10.75 bis 11.00 Mk. Weizenkleie rubig, 10.50—10.75 Mk.

### Ver eins - Kalender.

**Ohlau.** Die Parteigenossen werden ersucht, sich Mittwoch nach Freierabend im Vereinslokal einzufinden.  
**Brieg.** Fabrikarbeiter-Verband. Mittwoch, den 23ten Mai, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Quider. Tagesordnung: Wahl eines Kassierers und Berichterstattung von der Gau-Konferenz.  
**Legniz.** Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag, den 24. Mai (Simmetfahrt): Ausflug nach dem Oberwald. Abfahrt 6.55 Uhr nach Maltsch. Nachmittags Zusammen treffen mit den Briegener Genossen in Maltsch. Nachmittags 11.30 Uhr bis Spittelndorf und begeben sich direkt nach Maltsch. Hochfreudige Beteiligung der Genossen erwartet. Der Vorstand.  
**Schweidnitz.** Gewerkschafts-Kartell. (Adresse: Paul Liebig, Dohstraße 27.) Dienstag, den 22. Mai, Abends 8 1/2 Uhr: Öffentlicher Vortrag des Spezialisten für Naturheilkunde, Herrn Rimmann aus Waldenburg im Saale des „Weltkauten“, Retschlaustraße: „Wie erhalten wir Körper und Geist gesund und schützen uns vor Krankheiten“. — Freie Aussprache.  
**Girschberg.** Bauarbeiter. Dienstag, den 22. Mai, Abends 6 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung in Kunnersdorf.  
**Gunnerdors.** Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter aller Verne und Frauen. Dienstag, den 22. Mai, Abends 6 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung in der „Andreaschenke“. Referent: Kamerad Schmidt.  
**Friedland.** (Bezirk Breslau). Öffentliche Volks-Versammlung für Männer und Frauen. Mittwoch, den 23. Mai, Abends 8 Uhr bei Neumann, „Fürstentum“. Tagesordnung: „Die Religion in der Volksschule und die neue pädagogische Schulvorläufe“. Referent: Genosse Rühle-Peipzig. — Freie Aussprache. Entree 4 Person 10 Pf. Arbeiter und Arbeiterinnen besucht in Massen diese Protestversammlung. Der Einberufer.  
NB. Die hiesigen Geistlichen und Lehrer sind besonders eingeladen.  
**Bromberg.** Öffentliche Frauen-Versammlung. Dienstag, den 22. Mai, Abends 8 Uhr bei Köpffe, Tornerstr. 51

Für die jungen Mütter ist es nicht nur notwendig, für die Kleidung der Säuglinge zu sorgen, sondern noch viel wichtiger, sich darüber zu informieren, womit sie die Kinder ernähren wollen, wenn sie nicht imstande sind, dieselben selbst zu stillen. Zur Ernährung der Säuglinge eignet sich am besten die je nach dem Alter des Kindes mit Wasser verdünnte Kuhmilch mit Zusatz von Aufeser Kindermehl, welches nicht nur der Nahrung einen größeren, für die Entwicklung der Muskeln und Knochen wichtigen Gehalt an Nährstoffen gibt, sondern auch die größere Verdaulichkeit der Kuhmilch im Magen verhindert und auch die starken durch Kuhmilch verursachten Gärungen im Darm verhindert und so das Kind vor den Erkrankungen an Magen- und Darmkatarrhen bewahrt. Im Sommer ist das Aufesermehl demnach für Kinder geradezu unentbehrlich. Wie sehr sich das Präparat bei Anerkennung der Mütter, ganz besonders aber der ärztlichen Kreise, acht daraus hervor, daß es nicht nur in den größten Kinderhospitälern des In- und Auslandes ständig gebraucht wird, sondern, daß es nachgewiesenermaßen von tausenden Ärzten Deutschlands usw. empfohlen wird.

Verantwortlicher Redakteur: Ludwig Madsch. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oscar Schö. — Druck von Th. Schatzky S. m. b. S. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Am 19. d. Mts. nachts 11 1/2 Uhr verstarb nach schwerem Leiden an Herzkrankheit im Alter von 50 Jahren unser werter Verbandskollege  
**Herr Robert Hanke.**  
Sein Andenken werden in Ehren halten  
**Die Mitglieder des Deutschen Gemeindearbeiter-Verbandes, Filiale Breslau.**  
Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, nach Oswitz.  
Trauerhaus: Bismarckstrasse No. 33.  
Der Vorstand.

**Elementare Kurse des Humboldt-Vereins.**  
Dienstag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bequemen die elementaren Kurse für Arbeiter im Rechnen (für Anfänger und eventuell auch für Vorgeschr. d. d. deutsche Grammatik und Rechtschreibung, deutsche Dichtung und Pöpsel (Elektrizität mit Experimenten). Der Unterricht ist unentgeltlich (Einschreibegeld 25 Pf.). Ausführliche Stundenpläne sind kostenlos erhältlich in der Expedition dieser Zeitung. [2092]

**Feuerversicherung**  
sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt 1744  
**Ernst Zahn.**  
Ritterplatz 5, III.

**Näherinnen**  
auf bessere Damen, wie Herrenhemden, Nachschaffen finden bei hohen Löhnen dauernde Beschäftigung. Meldungen m. Probearbeit u. Ausweis bei  
**Samuel Cohn & Co., Renschstr. 51.**

**Lieblich's Etablissement**  
Gastspiel: Schlierseer  
Ringkampf  
Victoria-Theater  
Cabaret  
„Zum Klinkerkasten“

**Zirkus Busch**  
Montag, den 21. Mai 1906.  
Die Originalchinesischen Filber  
Grösstes Natur-Wunder.  
8 Fachschüsse als Artilleristen  
10 Elefanten 10  
Die Breslauer Sauterierin  
Strolch Marguerite

**Flaschenbier- u. Zigarren-Geschäft**  
W. Barth, Kol. Sandberg Nr. 41.  
Stempel, Petschäfte, Schablonen, Kl. Drackereien, Siegelmarken am billigsten bei M. Hübsch, Sautermarkt 97 (Hube), Ringede. Musterbuch m. Preisang. grat.

**Möbel**  
Auf Abzahlung  
2 Mk. an  
8 Mk. an  
Anzahlung auf Bestellen mit Matrassen Schränke Vertilow usw.  
Anzüge, Heberzieher, Betten, Kinderwagen, Gardinen, Teppiche.  
**Max Biermann,**  
Ring 51, erste Etage neben der Stodgasse.

**5 Pfg. = Sumatra-Zigarren**  
praktische Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack  
100 2 Mk., 250 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.  
empfehlen gegen Nachnahme  
**Zigarren-Fabrik E. Lampke.**  
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:  
Breslau, Rossplatz 11, am Odorthorbahnhof.  
Filialen: Mathiasstraße 16, Ecke Schrotgasse, Hammerstr. 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.

**„Premier“ „Solid“**  
Fahrräder  
Modelle 1906  
Und unerreicht in leichtem Lauf u. Haltbarkeit.  
Preise bedeutend ermäßigt. Teilzahlung gestattet.  
Sämtliche Ersatzteile, Mäntel, Schläuche, staunend billig.  
**Richard Kühn,** Lanenkieferstraße 53.  
Große Reparatur-Werkstatt. 1908

**Dominikaner.**  
Original-Farinelli's  
Sonnenschirme  
Spazierhüte  
Franz Nischke, Spinnstraße 51.

**Kleiner Laden**  
nebst Wohnung, zur Wäschelei geeignet, da Konkurrenz nicht in der Nähe, preiswert zu vermieten. Näheres im Desillationsgeschäft, Klosterstraße 88. [1992]

**Strohütte**  
für Damen, Herren u. Kinder  
billig direkt in der Fabrik  
Reze Graupenstr. 11, Hof, Freund & Krebs.

**Kloster-Bazar**  
23/25 Klosterstraße 23/25. 2089  
Großes Lager in  
Galanterie-, Feder-, Spielwaren, Haarschmuck etc.  
Billigste Preise!

**Das Arbeiter-Recht**  
von Arthur Stadtgarten.  
Der Preis für das gebundene Werk ist 7 Mk., daselbe ist auch in 28 Heften à 20 Pfg. zu beziehen.  
Erhältlich durch die Expedition und Kolportage.

**Schröterle**  
Sportwagen  
auf Kredit  
Ohlauerstr. 8  
Auf Kredit  
Ohlauerstr. 8  
Möbel  
Polsterwaren.  
Garderoben.



Das Gericht bereidigt die vier Entlastungen...

Der Staatsanwalt beantragte, wie schon gemeldet, die...

300 Mark Geldstrafe.

In der Urteilsbegründung hieß es, die Spitzmarke des...

Zur Klarstellung.

Einer Legation in der Presse veröffentlichten Bekanntmachung...

- 1. Das Verlangen der Arbeiter nach Verhandlung von...

Demgegenüber stellen wir hiermit ausdrücklich fest, daß in...

Ein Kampf um die Anerkennung der Organisation...

Die Streitigkeiten der einzelnen Bezirksverbände des Metall...

Was die Forderung des Mindestlohnes betrifft, so...

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der in...

Die Forderungen der Arbeiter sich zu einer Nachprobe ausgewachsen hat.

Deutscher Reichstag.

107. Sitzung vom Sonnabend den 19. Mai, 1 Uhr Nachmittags.

Am Bundesrat: Abg. v. Rheinbaben. Die dritte Lesung der Reichsfinanzreform wird fortgesetzt beim...

Abg. Bismarck (Soz.): Bei der Stimmung des Hauses sind ja...

Abg. Gammeter (freil. Sp.): bittet ebenfalls um Ablehnung...

Abg. Göttsch (freil. Sp.) bewilligt einen eingeleiteten...

Es folgt die Fahrkartensteuer.

Die Abg. Eichhoff und Werten (freil. Sp.) beantragen...

Abg. Bismarck (Soz.): Man weißteinst ja sehr im Vorhinein...

Abg. Eichhoff (freil. Sp.): tritt in seiner Eigenschaft als...

Abg. Spahn (Zentr.) stimmt dem Antrag Eichhoff zu.

Abg. Wackerhausen (Soz.) stimmt auch mit schwerem Herzen...

Abg. Gammeter (Soz.): Die Mehrheit will eben die Fahr...

Abg. Gammeter (Soz.): Eventuell können wir ja im nächsten...

Abg. Schröder (freil. Sp.): Man muß sich fragen: Sind...

Abg. v. Volkmar (Sozialdemokrat): Die Reichsparteien sind...

Die Reichsparteien sind für Gründe ja nicht mehr zugäng...

Abg. v. Volkmar (Sozialdemokrat): Wir bedauern die Ablehnung...

Abg. v. Volkmar (Sozialdemokrat): Auf verbotene Sänder macht eben nichts mehr Eindruck...

Abg. v. Volkmar (Sozialdemokrat): Der Antrag Wackerhausen wird...

Abg. v. Volkmar (Sozialdemokrat): Der Antrag Singer...

Abg. v. Volkmar (Sozialdemokrat): Der Antrag Wackerhausen...

Abg. v. Volkmar (Sozialdemokrat): Der Antrag Wackerhausen...

Abg. v. Volkmar (Sozialdemokrat): Der Antrag Wackerhausen...

Abg. v. Volkmar (Sozialdemokrat): Der Antrag Wackerhausen...

Abg. v. Volkmar (Sozialdemokrat): Der Antrag Wackerhausen...

die Gebittern des Volkes in den Kauf nehmen zu wollen.

Abg. Dr. Wolff (Wirtsch. Bg.): erklärt sich namentlich im...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Gammeter (Soz.): Herr Westermanns Anspielung...

Abg. Graf Rantz (Wol.): Am Ende des großen Wertes muß ich darauf hinweisen, daß wir noch lange nicht mit den Bedürfnissen des Reichs am Ende sind. (Große Heiterkeit links.) Und ich mache die Regierungen auf die von uns vorgeschlagenen Entschlüsse aufmerksam. (Bravo rechts, Lachen links.)

Abg. Watzig (natl.): Die Uebergangsabgaben bei der Brauereifreier sollen nach der Qualität des Bieres bemessen sein. Die Generaldiskussion ist erschöpft. Die einzelnen Paragraphen des Gesetzes werden debattiert angenommen.

Die Gesamtentscheidung ist auf Antrag Wasser mann eine namentliche.

Die Finanzreformvorlage wird mit 149 gegen 95 Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen angenommen.

Es folgt die

### Dritte Beratung der Flottenvorlage.

Die Vorlage wird debattiert wegen der Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei angenommen.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Tagesordnung: 1. Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit Schweden, 2. zweite Beratung des Militärpensionsgesetzes.

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 21. Mai 1906

### Zum Streit der Steinbrücker und Lithographen.

Die streikenden Steinbrücker und Lithographen nahmen am Sonnabend in einer Versammlung zu der Marinnachricht des Schutzverbandes Stellung. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß seitens des Schutzverbandes beabsichtigt wird, sämtliche Gehilfen in Steinbrückerereien zc. auszusperren, weil die Streikenden nicht zu Kräfte werden und die Arbeit bedingungslos aufnehmen wollen. 8000 Gehilfen sollen angeblich auf das Straßensperrgebiet verwiesen werden. Es liegt durchaus keine Veranlassung vor, wegen dieser Botschaft mißmutig gestimmt zu sein. Die geplante Aussperrung kann nur als ein Schreckschuß angesehen werden, denn der Schutzverband sei gar nicht in der Lage, sämtliche Gehilfen im Reich auszusperrern. Einigungsversuche sind genug unternommen worden, die Arbeitgeber wollen sich jedoch zu Verhandlungen nicht bequemen. Man habe das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen, der Gewerbeamt Dr. Grabenwicz konnte nur den Befehl erteilen, daß die Arbeitgeber jede Verhandlung ablehnen, wenn nicht die Arbeit wieder aufgenommen wird. Es wurde beschlossen, den Arbeitgebern eine Antwort zu teil werden zu lassen und zwar durch Vermittlung des Dr. Grabenwicz. Die Antwort lautet dahin, daß die Streikenden es ablehnen, sich bedingungslos zu ergeben, zu jeder Zeit aber bereit sind, sich mit den Arbeitgebern zu einigen. Die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit sei schon deshalb ein unberechtigtes Verlangen, als seitens des Schutzverbandes auf die Forderungen nicht einmal eine Antwort eingegangen sei. Die Kollegen werden in dem Kampf ausharren und sich durch nichts beirren lassen. Da das Publikum von den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Steinbrückerereien zc. nicht genügend unterrichtet ist, sollen diese von allen hiesigen Betrieben zusammengestellt und veröffentlicht werden. Daraus würde sich ergeben, daß Löhne gezahlt werden, mit denen Familienväter bei der teuren Zeit unmöglich auskommen können und die Gehilfen gezwungen waren, das Kampfmittel des Streiks anzuwenden, um sich eine bessere Existenz zu erringen.

### Zum Schifferstreik.

In der Mitgliederversammlung der Schiffer hielt am gestrigen Sonntag M o m m e r t zunächst an die Anwesenden eine Ansprache, in der er darlegte, daß eine Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzig und allein durch die Organisation zu erreichen sei.

Das Unternehmertum wendet daher die rigorossten und brutalsten Maßregeln an, die Organisation zu vernichten. Jeder Klassen- und zielbewußte Arbeiter müsse zu seiner Organisation treten, darf nicht zum Vertreter einer Arbeitshütte, die sich im Lohnkampf befinden, werden. Damit unterstützt er das Kapital, das die Arbeiter zu Lohnstreikern macht. Leider sei bei der Schifferbewegung zu konstatieren, daß es Leute gibt, die zu dieser Einstimmung noch nicht gekommen sind und Streikarbeit verrichten. Früher hat man sie seitens der Reederei nicht beachtet, jetzt aber sind sie hochangesehen, weil man ihre Dienste braucht. Soll der Sieg auf Seite der Streikenden sein, dann müsse ein jeder seine Pflicht tun nach jeder Richtung hin und sich in Dienst der Organisation stellen. Die gestellten Forderungen seien beschleunigt und durchzusetzen. Halten die Kollegen im Kampfe aus, dann werden die Unternehmer gezwungen sein, mit der Organisation zu verhandeln. Nur nicht durch Reden der Arbeitgeber sich irren lassen, sondern vertrauensvoll an dem vorgeschlagenen Ziel festhalten. Die Ausführungen wurden von lebhaftem Beifall begleitet.

Alsdann gab M o m m e r t Auskunft über den Stand der Bewegung. Bald nach Proklamierung des Generalstreiks, den die Kollegen einstimmig beschlossen haben, sind die umfassendsten Vorkehrungen getroffen worden, die Kollegen in allen Stationen auf dem schnellsten Wege von dem Beschluß in Kenntnis zu setzen. Es sind Flugblätter an alle Boots- und Steuerleute, Maschinenisten und Heizer der Oderschiffahrt verteilt worden, in denen die Ursachen der Arbeitsniederlegung noch einmal skizziert wurden und Verhaltensvorschriften gegeben worden sind. Es dürfte jetzt keinen

Schiffer, keinen Schiffsmaschinenisten und Heizer geben, der noch nicht Kenntnis von allgemeinem Streik erlangt hätte. Bereits sei ein kleiner Erfolg zu verzeichnen: Der Schiffseigner Krause in Rosel OS hat die Forderungen sofort bewilligt.

Die Privatschiffer wollen gleichfalls die Bedingungen erfüllen, wenn auch andere Signer dasselbe tun. Darauf über, bemerkte M o m m e r t, sei nichts zu geben. Die Arbeit ist laut Beschluß überall da einzustellen, wo nichts bewilligt wird. Die Direktion der Reederei Wollheim hat auf die Frage, ob die Forderungen genehmigt werden, erwidert: Wäret ihr vorher in friedlicher Weise zu uns gekommen, dann hätte sich etwas machen lassen. Eine pure Ausrede das; nichts wäre bewilligt worden, auch wenn die Leute früher an die Direktion herangegangen wären. Die Reederei haben bereits überall Agenten ausgesandt, um Arbeitswillige zu werben, es sei indessen kaum anzunehmen, daß von auswärtigen Schiffer nach Breslau kommen werden, um hier Streikdienste zu verrichten. Von Thorn sind ja acht Mann angekommen, aber bald wieder abgereist, als sie von der Situation benachrichtigt worden waren. Bei der Frankfurter Güter-Eisenbahn-Gesellschaft sind allerdings Arbeitswillige beschäftigt, aber der Dampferverkehr nach Dömitz konnte nicht in vollem Umfange aufrecht erhalten werden. Am Sonntag Morgen gingen die Boots- und Steuerleute des Dampfers „Fürst Hagenfeld“ gerade als die Wust auf dem Dampfer spielte, ans Land. Nur der Kapitän blieb zurück. Man sah auch, daß der Direktor selbst auf einem Schiffe mitarbeitete. Die Streikenden mußten die Rähne sofort verlassen, sie hatten somit keine Wohnung und müssen anderswo untergebracht werden. Die Unternehmer wollten sie keine Stunde länger dulden. M o m m e r t hielt es für zweckdienlich, daß die Streikenden nicht in ihre Heimat reisen, sondern bis auf weiteres hier verbleiben, die Bewegung erfordere es. Alle Schiffer, die sich mit den Streikenden solidarisch erklären, erhalten Unterstützung. Mehrmals wurden die Kollegen aufgeföhrt, trenn zur Fahne zu halten, damit das Werk gelinge. Daß bei dem Schifferstreik wieder die Polizei eine Rolle spielt, bedarf kaum der Erwähnung. Als M o m m e r t sich Sonntag früh auf der Königsbrücke hielten ließ, kam sofort ein Polizeikommissarius mit einer Suite Schutzleute an ihn herangeprengt. Der Kommissar trat auf ihn zu, mit der energischen Warnung, er soll ja nicht den Versuch machen, Arbeitswillige abzuhalten, er habe sonst sofort seine Verhaftung zu gewärtigen. M o m m e r t erwiderte, die Polizei brauche keine Angst zu haben, er werde die Arbeitswilligen, die hier auf den Schiffen Dienste verrichten, nicht in geringsten stören, dies würde sich bei diesen Leuten kaum verlohnen. Daraus sei aber zu entnehmen, wie die Behörden die Unternehmer schützen. M o m m e r t ersuchte die Kollegen dringend, sich nicht hinreißen zu lassen und nicht Drohungen auszusprechen. Man wisse, welche harte Strafen Arbeiter treffen, die ihre Rechte verteidigen. Dienstag findet eine öffentliche Versammlung statt.

\* **Gegen die Besteuerung der Frachttaxen und Personen-Fahrtarten.** Nachdem die Handelskammer in Breslau bereits im Laufe des Februar und März gegen die Besteuerung auf Befehl des Verkehrs durch die Einführung einer Fracht-Umsatzsteuer und einer Fracht-Fahrtsteuer, sowie durch Erhöhung des Portos im Ostverehr in besonderen Petitionen vorstellig geworden war, hat sie sich im Anfang d. d. Woche, in Rücksicht auf die Beschlüsse des Reichstages zweiter Lesung, nochmals an den Reichstag telegraphisch gegen die Besteuerung der Frachttaxen und Personen-Fahrtarten Verwahrung einlegt.

\* **Ein Straßenbahnunfall.** Ein Straßenbahnwagen stieß am Sonnabend Mittag auf der Schwandnerstraße mit einem Spirituswagen, der nach dem Maschinenmarkt zu einbiegen wollte, zusammen. Der Wagen wurde erheblich beschädigt.

\* **Immer wieder der Spiritus-Kocher.** Eine in dem Daur-Lantgenstraße 94 wohnende, 37 Jahre alte Kaufmannsrau begann am 17. d. M., Abends, die Unvorsichtigkeit, Spiritus in einem noch brennenden Kocher nachzugießen. Es erfolgte eine Explosion, bei welcher die Frau so schwere Verletzungen erlitt, daß sie diesen bald erlag.

\* **Tierquälerei.** Der Kutscher eines Hofschlächters von der Elbingerstraße fuhr am 15. d. M. mit einem einpännigen Wagen die Berliner Chaussee entlang und zwar war neben das Pferd ein zum Schlachten bestimmter abgetriebener Gaul gebunden. Dieses Tier konnte sich nur mit Mühe auf den Weiden halten und wurde deshalb durch den noch sehr jungen Kutscher erbarmungslos mit der Peitsche bearbeitet. Bei der Gleichschunterfahrung brach das Tier zusammen. Ein ähnlich roher Vorgang spielte sich auf der Ohlauer Chaussee ab. Dort kam ein Kutscher aus Lichtensberg mit einem zweispännigen Reitwagen gefahren, dessen Handpferd stark eiternde Beulen anwies, so daß es vor Schmerzen lahm ging. Das Publikum machte Polizeibeamte auf die das öffentliche Argernis erregenden Vorgänge aufmerksam.

\* **Von einer Froschke ausgerissen** wurde ein Kaufmann am 17. d. M., Abends, auf der Gartenstraße mit seinem Fahrrad: er erlitt Verletzungen am Kopf und an den Beinen.

\* **Ein Schornsteinbrand** entstand am 17. d. M., Abends, in dem Grundstück Berliner Chaussee Nr. 114. Am 18. d. M., Vormittags, wurde die Feuerweh nach Neumarkt 23 gerufen, wo in einem Keller neben einer schadhaften Schornsteinfänger-Sache in Brand geraten waren. Die Brände wurden durch einige Eimer Wasser erloscht.

\* **Gehtohlen wurden:** Einer Telegraphist eine goldene Uhr Nr. 67,128, am 18. d. M. auf der Vorwerkstraße ein Fahrrad

„Presse“ Nr. 22,600 und in der Nacht zum 17. d. M. ein Fahrrad „Dornabos“ Nr. 249,962.

## Aus den Gerichtssälen.

**Wegen Fahnenflucht** hatte sich vor dem Gericht der 17. Division am 17. Mai in R e i s s e der Schuhmacher Anton T h e i e l aus Roskita in Rußland zu verantworten, außerdem wegen Körperverletzung und Rädigung. Der 1864 geborene Angeklagte war 1891 nach Rußland beurlaubt worden, aber nicht mehr nach Deutschland zurückgekehrt. Er war in dem Glauben, daß er inwieweit russischer Untertan geworden sei. Während seiner Dienstadt in Deutschland hatte er sich jedoch schon eine Befragung wegen Fahnenflucht zugezogen. Thiel, der direkt an der Grenze wohnte, unternahm hin und wieder Ausflüge auf preussisches Gebiet. Im Februar d. J. wurde er nun in Dandsberg wegen einer Diebstahlsache verhaftet und als angeblich russischer Untertan in Untersuchungshaft gehalten. Er war jedoch unschuldig und wurde auch freigesprochen, indes kam dabei seine Zugehörigkeit zu Preußen und seine letzte Fahnenflucht an den Tag. Er unternahm daher während der Untersuchungshaft einen verwegenen Fluchtversuch. In seiner Zelle hatte Thiel von den Wänden Stiegmehl abgewischt und heimlich in einer Tasche verborgen. Bei einer günstigen Gelegenheit warf er dem Gefangenenaufseher davon eine Hand voll in die Augen, schleuberte einen zweiten Wücher bei Seite und tarnte die Flucht. Er wurde aber wieder eingekerkert. Thiel war geständig und gab bezüglich seines Fluchtversuchs an, daß er sich nur an dem Aufseher habe rächen wollen, weil ihn dieser immer mißhandelte. Thiel wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt.

**Ein Bierwächmeister als Verführer minderjähriger Mädchen.** Der bisherige Bierwächmeister Thiermer von Ulanen-Regiment Nr. 17 in Olshag, der erst kürzlich wegen Verführung von Minderjährigen in zwei Fällen vom Kriegsgericht zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt wurde, hatte sich abermals wegen Verführung von Mädchen unter 14 Jahren und im Zusammenhang damit wegen Verleitung zum Meineid vor dem Militärgericht in Dresden zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Anschluß der Öffentlichkeit statt und endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis und Ausstoßung aus dem Heere. Thiermer, der verhaftet ist, stand bereits im 12. Dienstjahre.

**Bestrafung Totschläger.** Unter großem Andrang des Publikums fand in Nancy die Gerichtsverhandlung in der Angelegenheit der Zwischensälle statt, die sich gelegentlich der Kircheninventur in Saint Nicolas du Port ereignet haben und bei denen ein Arbeiter von zwei auf die Menge schießender Vitaren tödliche Verletzungen erlitten hat, denen er in der Folge erlegen ist. Der Generalanwalt sprach die Schuld der Angeklagten für erwiesen, empfahl jedoch die Billigung milderer Umstände. Der Gerichtshof sprach die beiden Angeklagten frei.

**Der Herausgeber des „Kunstwart“**, Avenarius, wurde wegen Verleumdung des Freiherrn von Grotthuis, Herausgeber des „Lürner“, zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

## Aus Schlesien und Posen.

### Der Herr aus Beuthen.

Wegen Uebertretung der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes war Genosse S h o l t s e l l vom Landgericht Beuthen zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er in Wylschütz am 29. Juni 1905 als Leiter und Redner in einer Versammlung aufgetreten sei, die zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gedient habe und habe dienen sollen, die aber gleichwohl entgegen den Vorschriften des § 1 des Vereinsgesetzes nicht vollständig angemeldet worden sei. Das Landgericht führte Begründend aus: Dem Zeugen Satz sei am 29. Juni gesagt worden, es komme nach Wylschütz ein „Herr aus Beuthen“, ein großer Redner, der eine große Rede halten werde. Als Satz darauf in die ihm bezeugte Gastwirtschaft gekommen sei, wären schon versichene Leute dagewesen. Im ganzen seien zwölf Personen erschienen, die sich alle um einen Tisch gesetzt hätten. Der Angeklagte, offenbar der „Herr aus Beuthen“, habe davon gesprochen, die Arbeiter in Wylschütz müßten sich auch zusammen schließen, wie andere Leute. Ueberall seien Arbeiterverbände, nur in Wylschütz noch nicht. Dann habe der Angeklagte zum Eintritt in den Deutschen Bergarbeiterverband aufgefordert. Nach weiteren Zeugnisaussagen sei Angeklagter auch mehrmals aufgetreten beim Reden. Schließlich habe er aufgefordert, hier Wollandamittelgeber zu ernennen, und den dazu ernannten habe er Mitgliedsbücher ausgehändigt. Es unterläge demnach keinem Zweifel, daß Scholtzell nach W. gekommen ist, um dort über den Deutschen Bergarbeiterverband zu reden und für diesen einzutreten. Es handele sich auch um eine Versammlung, wenn auch nur zwölf Personen zusammen gekommen seien. Diese Zahl sei nicht zu gering. Die Leute seien, was die Hauptsache wäre, zu einem gemeinsamen Zweck zusammengekommen, nämlich um die Rede des „Herrn aus Beuthen“ zu hören. Dieser Zweck habe ferner nur dadurch erreicht werden können, daß nicht alle durch-einander redeten, sondern sich einer gewissen Ordnung unterwarfen, was geschehen sei. Die Zusammenkunft sei vorbereitet gewesen. Angeklagter habe Satz einen Vorwurf gemacht, daß die Einladungen nicht genügend bestellt worden seien. Daß der Bergarbeiterverband, Sitz Beuthen, sozialdemokratische Zwecke verfolge, habe Angeklagter allerdings verschwiegen; es sei aber anzunehmen, daß die Anwesenden davon Kenntnis hatten. Indem Angeklagter für diesen Verband sprach und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter zu solchen Verbänden erklärte, habe er öffentliche Angelegenheiten erörtert, und das sei der Zweck der Versammlung gewesen.

Das Kammergericht verwarf die gegen dieses Urteil eingelegte Revision mit der Begründung, daß ohne Rechtsirrhum sowohl die Abhaltung einer Versammlung als auch die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten festgestellt sei.

**Sunlight Seife**

Wäscherei Schneeweiss

Das moderne Wissenschaft gewährt, behandelt wird: Man achte genau auf die Verpackung, die das Sunlight-Logo zeigt.

Wieg, 19. Mai. Der „Kummler“ des Herrn...

Einige Wochen später sollte gegen den Genossen...

Im der Strafsache gegen den Arbeiter Josef...

Der abgeleitete Richter hat sich ebenfalls dahin...

Hiernach ist zunächst nicht erwiesen, daß der...

Wenn aber auch der Vorsitzende des Schöffengerichts...

Das hierdurch für den Vorsitzenden eine Veranlassung...

Es war demnach das Ablehnungsgeleit zurückzugeben...

Gerichtsschreiber des Königl. Landgerichts.

Sir dürfen diese Begründung als ein wichtiges Dokument...

Sie gesagt, wir werden uns die nächste Auffassung...

Kleine sozialistische Reden.

12. Ziehung 5. Klasse 214. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers for the 5th class of the 214th Prussian lottery. Includes columns for numbers and prizes.

12. Ziehung 5. Klasse 214. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers for the 5th class of the 214th Prussian lottery. Includes columns for numbers and prizes.

Neu gewöhnt haben die Gewitter in der Richtung...

Table with lottery numbers for the 5th class of the 214th Prussian lottery. Includes columns for numbers and prizes.